

AKJS SH e.V. | Flämische Straße 6-10 | 24103 Kiel

Bildungsausschuss des Landtags Schleswig-Holstein
Z.Hd. Martin Habersaat MdL
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

per E-Mail:

bildungsausschuss@landtag.ltsh.de

Landesarbeitsstelle Schleswig-Holstein e.V.

Flämische Straße 6–10
24103 Kiel

Tel: 0431 | 26068-78
Fax: 0431 | 26068-76
info@akjs-sh.de
www.akjs-sh.de

Kiel, 31. Januar 2025

Gesamtstellungnahme zu den Anträgen der SPD, Medienbildung braucht solide Grundlagen, Drucksache 20/2583, sowie CDU und Bündnis 90/Die Grünen, Medienbildung stärken und zeitgemäß fortentwickeln, Drucksache 20/2694

Sehr geehrter Vorsitzender, sehr geehrte Mitglieder des Bildungsausschusses,

wir bedanken uns für die Möglichkeit der Stellungnahme zu o.g. Anträgen.

Die Aktion Kinder- und Jugendschutz Landesarbeitsstelle Schleswig-Holstein e.V. (AKJS) ist der institutionell geförderte freie Träger für aktuelle Themen des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes. Wir informieren, beraten und bilden auf Grundlage des Jugendschutzgesetzes mit dem Ziel Fachkenntnisse zu vermitteln und pädagogische Handlungskompetenzen zu erweitern.

Die Medienbildung in Schleswig-Holstein kann nur durch eine Kombination aus kurzfristigen, praktischen Maßnahmen und langfristigen, strategischen Ansätzen erfolgreich sein. Die Anträge von SPD sowie CDU und Bündnis 90/ Die Grünen zeigen dafür unterschiedliche, gleichzeitig ergänzende Ansätze zur Förderung der Medienbildung. Die Aktion Kinder und Jugendschutz Schleswig-Holstein e.V. plädiert dafür, beide Anträge zusammenzuführen und die jeweiligen Stärken zu nutzen, um eine umfassende, nachhaltige und wirkungsvolle Medienbildung in Schleswig-Holstein zu gewährleisten.

Prävention und Reflexion

Beide Anträge erkennen die Bedeutung der Präventionsarbeit an, wir erkennen jedoch auch Leerstellen, auf die wir hinweisen möchten:

Die **SPD** betont die Rolle der Schule und Lehrkräfte als zentrale Akteure der Prävention und Medienbildung und nimmt Bezug auf eine aktuelle Verbotsdiskussion bezogen auf Handys in Schule. Diese Fokussierung auf Schule ist möglicherweise auch dem Gedanken geschuldet, dass Bildung hauptsächlich in Schule stattfindend wahrgenommen wird, jedoch sind weitere Lebensbereiche von Kindern und Jugendlichen grundsätzlich mitzudenken. Mit Bezug zum Antrag

der SPD beschränken wir unsere Ausführung dem Antrag entsprechend jedoch auf die betonte Rolle.

Auch die AKJS vertritt die (medien-)pädagogische Auffassung, dass Handyverbote keine Problemlösung bedeuten.

Bereits durch das aktuelle Schulgesetz (SchulG §4 Abs.(10)) vom 24.01.2007 sollte bereits seit Jahren fest verankert sein, dass Medienkompetenzentwicklung als Teil eines Präventions- und Interventionskonzeptes Bestandteil der Schulentwicklung ist, wenn man den Schutzauftrag dieses Absatzes erfüllen möchte.

Medienbildung als integralen Bestandteil des schulischen Alltags zu etablieren ist also keine neue Forderung. Hierfür klare Rahmenbedingungen zu definieren, nachhaltige Konzepte zu fordern und ausreichende Ressourcen bereitzustellen, um die Schulen und Lehrkräfte in dieser wichtigen Aufgabe zu unterstützen, möchten wir hiermit wiederholt bekräftigen. Es fehlt uns im Antrag der SPD jedoch, dass die konkrete Umsetzung – z.B. die Schulung und Entlastung der damit beauftragten Fach-/Lehrkräfte – keine weitere Ausarbeitung oder Betonung findet.

Die Einführung spezifischer Zertifikate, **Pkt. 2**, für eine Leistung, die grundsätzlich von allen Schulen zu erwarten wäre (Medienkompetenzvermittlung), geht uns daher in der im Antrag formulierten Forderung nach „Mehr Medienbildung“ an Schulen nicht weit genug, kann aber als Anreiz für Schulen gewertet werden, sich öffentlich sichtbar diesem Thema zu widmen.

Der Forderung in **Pkt. 3** des Antrags schließen wir uns aus Gründen der Chancengerechtigkeit an. „Digital Literacy“ ist eine Grundkompetenz, die leider häufig auch aus Mangel an finanziellen Ressourcen scheitert. Hier muss für Ausgleich gesorgt werden, um nicht schon in der Grundschule *Bildungsungerechtigkeit* entstehen zu lassen. Wir möchten betonen, dass die (medien-)kompetente Wahl der didaktischen Methode – sei es analog, digital oder hybrid – maßgeblich davon abhängt, wie sicher und mediengebildet sich die Fachkräfte fühlen.

Peer-Education Ansätze wie beispielsweise **Medienscouts, Medienpeers** oder **Digitalpilotinnen und Digitalpiloten**, sind Ansätze die gerade im Bereich Medien eine sinnvolle Ergänzung des geforderten Präventions- und Interventionskonzeptes. Peer-to-Peer-Projekte ermöglichen es Jugendlichen, auf Augenhöhe miteinander zu kommunizieren und Lerninhalte in einer Weise zu vermitteln, die altersgerecht, verständlich und praxisnah ist. Diese Methodik stärkt nicht nur die Medienkompetenz der Beteiligten, sondern fördert auch wichtige soziale und kommunikative Fähigkeiten wie Verantwortungsbewusstsein, Teamarbeit und Selbstwirksamkeit. Gerade im Bereich der Medienbildung, wo Gleichaltrige oft als glaubwürdigere Vorbilder wahrgenommen werden, kann Peer Education also einen entscheidenden Beitrag leisten.

Ohne die Bereitstellung notwendiger Ressourcen und Rahmenbedingungen besteht jedoch die Gefahr, dass nur kurzfristige Effekte erzielt werden bzw. keine strukturelle Entwicklung auch über Klassen- und Altersstufen hinweg und nach Ausscheiden von älteren ausgebildeten Medienpeers erreicht wird. Wichtig ist jedoch, dass die Prozesse ein fester Bestandteil des digitalen Schulentwicklungsprozesses werden.

Auch für Fachkräfte, die Peer-to-Peer Arbeit betreuen, ist diese Aufgabe mit einem erheblichen Mehraufwand verbunden. Daher ist es essenziell, Peer-to-Peer-Arbeit nachhaltig zu planen und mit entsprechenden personellen und finanziellen Ressourcen auszustatten. Um den Erfolg der Maßnahmen langfristig zu sichern, unterstützen wir daher eine konstante Verankerung in Schule sowie eine nachhaltige koordinierende Planung und Unterstützung, die Schulen und Fachkräfte gleichermaßen entlastet und stärkt. Die Förderung der Landeskoordination Medienpeers in Schleswig-Holstein, angesiedelt bei der AKJS (<https://medienscouts-sh.de/>), konnte von 2022 bis

2024 Angebote in diesem Bereich bündeln und ein Netzwerk aus unterstützenden Anbieterinnen und Anbietern für Fort- und Weiterbildungen im Bereich der Medien Peer-to-Peer Arbeit etablieren, das von Schulen und Fach-/Lehrkräften genutzt werden kann. Neben der Entwicklung einer Landesübersicht über aktive Schulen mit Medienpeer-Projekten, konnten ein digitaler [How-to-Guide](#) für die praktische Anleitung und Vernetzungstreffen von Medienpeers in 2022 und 2024 ermöglicht werden. Aufgrund des auslaufenden Modellprojekts kann die AKJS aktuell nur noch rudimentär als Teil ihres institutionellen Auftrags die Vernetzung und damit auch die Stärkung eines Netzwerks für Medienpeers in Schleswig-Holstein fortführen. Eine Wiederaufnahme der Förderung dieser Aufgabe wäre auch eine Entlastung in Schule.

Die Forderung der SPD, Medienbildung und -erziehung in enger **Zusammenarbeit zwischen Schulen und Eltern** zu gestalten, ist ein zentraler und richtiger Ansatz. Dabei ist wichtig, die Zusammenarbeit zwischen Eltern und Schulen zu fördern, ohne die Verantwortung allein auf die Lehrkräfte zu übertragen, dies gelingt möglicherweise nur als holistisches Ziel und nicht allein verbunden mit dem Thema Medien. In Kombination mit den bereits bestehenden außerschulischen Unterstützungsangeboten sollte ein umfassendes Netzwerk an Unterstützungsangeboten geschaffen werden, das Schulen entlastet und Eltern gezielt anspricht und gleichzeitig stärkt. Dazu zählen z.B. die Elternmedienlotsen, koordiniert vom OKSH, oder die im Rahmen der Präventionskonzepte stattfindenden Jahrgangselternabende zur Medienkompetenz, umgesetzt durch viele außerschulische Akteurinnen und Akteure der Medienbildung. Nur so kann eine ganzheitliche und nachhaltige Medienbildung gelingen.

CDU und Bündnis 90/ Die Grünen setzen in ihrem Antrag auf eine mehrdimensionale Präventionsstrategie, die außerschulische Partnerinnen und Partner, Plattformbetreiberinnen und Plattformbetreiber und wissenschaftliche Erkenntnisse einbezieht. Dies umfasst eine ganzheitlichere Sicht als der Antrag der SPD, um die Komplexität der digitalen Welt zu adressieren. Wie eingangs bereits erwähnt, begrüßen wir auch in diesem Antrag die Betonung der Prävention und der Reflexion im Umgang mit digitalen Medien, möchten aber auch hier auf einige Aspekte hinweisen und/ oder diese ergänzen.

Hinsichtlich bereits laufender Maßnahmen ist zu betonen, dass die Programme und Anpassungen wichtige Schritte sind, um die Medienbildung systematisch in Schulen zu verankern. Dennoch bleibt offen, wie tiefgreifend diese Maßnahmen bereits wirken und welche konkreten Fortschritte erzielt wurden.

Wir erachten es als sinnvoll, **Reichweite** und **Ergebnisse der Netzwerkangebote** zu **evaluieren** um sicherzustellen, dass auch Kinder und Jugendliche außerhalb des regulären Schulunterrichts Zugang zu medienpädagogischen Angeboten erhalten. Außerschulische Aktivitäten ermöglichen

es, niedrigschwellige Lernmöglichkeiten zu schaffen, die Kindern und Jugendlichen praktische und lebensnahe Ansätze zur Medienkompetenz vermitteln. Außerschulische Lernorte sind wichtiger Bestandteil einer auf Freiwilligkeit basierenden Pädagogik und adressiert auch diejenigen, die im System Schule nicht erreicht werden.

Gleichzeitig sollte geprüft werden, inwiefern diese Programme selbst flächendeckend ausgebaut werden können und auch die damit operativ beauftragten externen Partnerinnen und Partner, zusätzlich zum im Antrag geforderten Ausbau der Bewerbung, um mehr Schulen zu erreichen.

Inwiefern die Programme auch in der außerschulischen Jugendarbeit eingesetzt werden können oder ob es darüber hinaus weiteren Ausbau in der Jugendarbeit oder in der Elternarbeit geben muss, sollte mitgeprüft werden.

Hinsichtlich sozialer Medien erachten wir einen reflexiven Umgang mit diesen als wichtig und unterstützen die Forderung, Fortbildungsangebote zu stärken. Als langjähriger Kooperationspartner des IQSH stehen wir als institutionell geförderter Jugendhilfeträger, zuständig für den erzieherischen Jugendschutz, auch gerne weiterhin zur Verfügung, wenn die dafür erforderlichen Umsetzungsmittel auch an uns weitergereicht werden können, um die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren genauso wie die multiprofessionellen Teams in Schule fachgerecht fort- und weiterbilden zu können. Besonders wichtig ist hierbei die Vernetzung der beteiligten Akteurinnen und Akteure, um Wissen und Erfahrungen gezielt weiterzugeben. Auch die Einbindung weiterer externer Partnerinnen und Partner ist ein zentraler Punkt. Präventive Angebote, die sich auf reale Gefahren wie Extremismus und die Manipulation durch soziale Medien fokussieren, sind essenziell. Hier sehen wir besonders die außerschulische Medienbildung in der Pflicht, die durch staatliche Unterstützung gestärkt werden sollte.

Beim **Einsatz von digitalen Endgeräten** muss das tragfähige pädagogische Konzept und auch das Präventions- und Interventionskonzept stimmen. Aus Sicht der Aktion Kinder und Jugendschutz Schleswig-Holstein e.V. sollte der Fokus hierbei im pädagogischen Teil des Jugendschutzes liegen, d.h. auf der **Förderung kritischer Reflexionsfähigkeiten**, um eine bewusste und verantwortungsvolle Nutzung zu gewährleisten und dadurch auch die **aktive Teilhabe** und **Entwicklung von Kompetenz** zu fördern.

Auch eine Thematisierung der Auswirkungen von KI auf die Schule ist zweifellos ein zukunftsweisender Ansatz. Es bleibt jedoch unklar, was unter einem „systematischen“ Ausbau zu verstehen ist und welche Schritte bereits unternommen wurden. Hier bedarf es klarer Zielsetzungen und konkreter Programme, um diese Forderung mit Leben zu füllen.

Gesamtperspektive der AKJS

Aus Sicht der Aktion Kinder und Jugendschutz Schleswig-Holstein e.V. sind in beiden Anträgen sinnvolle Ansätze für eine nachhaltige und effektive Medienbildung enthalten.

1. Kurzfristige Maßnahmen und praktische Umsetzung:

Die praxisnahen Forderungen der SPD, sind essenziell, um schnell auf die Herausforderungen der digitalen Welt zu reagieren. Diese Maßnahmen sollten jedoch durch

eine solide Ressourcenausstattung, Fortbildungsangebote und eine klare Umsetzungsstrategie unterstützt werden.

2. Strategische Weiterentwicklung:

Die strategischen Ansätze von CDU und Bündnis 90/ Die Grünen bieten eine langfristige gesamtgesellschaftliche Perspektive. Besonders die Einbindung externer Partnerinnen und Partner, der Verweis auf die notwendige Zusammenarbeit mit außerschulischen Medienakteurinnen und -akteuren und Initiativen zur Medienbildung wie im Netzwerk Medienkompetenz Schleswig-Holstein bereits langjährig erprobt, sind hierfür bedeutend. Die systematische Auswertung wissenschaftlicher Erkenntnisse und die Bezugnahme auf aktuelle technologische Entwicklungen wie KI sind wertvolle Ergänzungen.

3. Prävention und Reflexion:

Prävention muss umfassend und flächendeckend gestaltet werden. Dies bedeutet, dass sowohl schulische als auch außerschulische Akteurinnen und Akteure aktiv einbezogen werden müssen. Somit sollte die mehrdimensionale Strategie, von CDU und Bündnis 90/ Die Grünen mit den praktischen Vorschlägen, die in den Forderungen der SPD betont sind, vermischt werden.

Die zukünftige Ausgestaltung der Medienbildung in Schleswig-Holstein – nicht nur an Schule - ist essenzieller Bestandteil einer frühzeitigen (präventiven) gesamtgesellschaftlichen Ausrichtung der Medienkompetenzentwicklung, die in der Medienkompetenzstrategie des Landes bereits für alle Bürgerinnen und Bürger als Ziel formuliert ist. Aufgrund dessen regen wir an, für konkrete Maßnahmen der Medienbildung zusätzlich ein Fachgespräch im Anschluss an die schriftlichen Stellungnahmen einzurichten. Hierfür stehen wir selbstverständlich auch gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Iris Janßen
Vorsitzende AKJS

Ria Lissinna
Geschäftsführerin AKJS